

Editorial

Der Gassenhauer der Studentenbewegung, dass das Private politisch sei, hat längst alle provokativen Anklänge verloren. Spätestens seit der demografische Wandel in den Grundwortschatz der politischen Klasse Eingang gefunden hat und die Geburtenrate mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgt wird wie die Arbeitslosenzahl und das Wirtschaftswachstum, seit mit Timss und Pisa der Kurswert des nachwachsenden Humankapitals vermessen und international verglichen wird, ist die Familie zu einem Gegenstand öffentlicher Erörterung und zu einem Zielgebiet politischer Intervention geworden.

Die male breadwinner Familie hat sich zu einem Patchwork-Ensemble vielfältig kombinierbarer Nahbeziehungen gewandelt. Was ehemals durch tradierte Normen und Blutsbande geregelter Arkanbereich war, ist nun der fürsorglichen Belagerung durch eine Unzahl von Ämtern und Institutionen ausgeliefert. Das Privileg der Erziehung teilen sich Eltern schon seit Längerem mit der Schule und, so erforderlich, mit der Jugendfürsorge. So sie alle versagen, bleibt die Strafjustiz. Im Gegenzug ist die Erwartung an die Eltern gestiegen, dass sie ihren Beitrag zum staatlichen Bildungsauftrag leisten. Eine Anforderung aus der bei vielen Überforderung erwächst. Eine Überforderung zu der sich die Unsicherheit gesellt, nicht mehr sagen zu können, was denn das Richtige für das Kind sei. Die Antworten der Politik auf diese Frage wandeln sich, bisweilen widersprechen sie sich, sind überlagert finanziellen Restriktionen und parteitaktischen Erwägungen. Gleichwohl lässt sich sagen, dass kaum ein politisches Feld in den letzten Jahren dermaßen an Stellenwert gewonnen hat wie die Familienpolitik. Das alles ist Grund genug, diese Ausgabe der *vorgänge* der öffentlichen Familie zu widmen.

Karin Jurczyk blättert die verschiedenen Facetten der „Veröffentlichung“ von Familie auf. Dabei verschwindet das Private jedoch nicht, sondern es verändert seine Struktur, wird teils kolonisiert, teils zur Verhandlungssache. Es bleibt jedoch der Kernbereich, der Ort der Subjektbildung, ein Optionsraum, der seinerseits aber nach einer neuen sozialen Einbettung verlangt.

Sabine Andresen hinterfragt das vielfach propagierte Ziel der „Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf“ auf die immanente Asymmetrie hin und analysiert die soziale Bedingtheit einer gelingenden familialen Erziehung, die eben nicht vollends durch eine öffentliche ersetzt werden kann.

Andreas Lange und *Isabelle Krok* beschreiben die Defamilialisierung von Bildung und Erziehung vor dem Hintergrund eines neoliberalen Umbaus des Wohlfahrtsstaates und den damit einhergehenden neuen Formen des Aktivierens des Bürgers. Der Humankapitalmaximierung setzen sie das Konzept einer Kompetenzförderung im weitesten Sinne entgegen, die die Heranwachsenden in ihrer gesamten Lebensführung betrachtet.

Michael Opielka legt anhand der Familienpolitik in Thüringen dar, wie der parteipolitisch aufgeladene Streit zwischen materieller Förderung der Familie und Vergesellschaftung ihrer Funktion aufgelöst werden kann zu Gunsten eines Modells, das konservative Grundvorstellungen mit Elementen liberaler Marktsteuerung, der sozialdemokratischen Idee staatlicher Versorgungsgarantie und der garantistischen Idee eines universalistischen Zugangs verbindet.

Anne Lenze attestiert der aktuellen Familienpolitik, dass sie zwar viele Einzelmaßnahmen beschließt, aber an den entscheidenden, den strukturellen Benachteiligungen von Eltern mit Kind im Steuerrecht wie in den Systemen der sozialen Sicherung wenig geändert hat. Kinderlose sind in allen Bereichen die Gewinner, während Elternschaft nicht selten in Armutsrisikozonen führt.

Maria Lore Peschel-Gutzeit zeichnet den in der langen Perspektive doch recht großen Wandel der Familie nach, wie er in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der entsprechenden Gesetzgebung seit Gründung der Bundesrepublik zum Ausdruck kommt. Für die Zukunft sieht sie in der Verankerung von Kindergrundrechten im GG eine ihr sympathische Perspektive.

Christoph Butterwegge erkennt in der wachsenden Kinderarmut einen Skandal, der zwar häufig mit den gewandelten familiären Verhältnissen begründet wird, seine eigentlichen Ursachen aber in der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und dem Abbau des Sozialstaates hat.

Manuela Westphal weist nach, dass die Sozialisation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sich nicht in ein Entweder-oder von Herkunfts- und deutscher Lebenskultur aufspalten lässt, sondern in der Absorption und Abgrenzung von beidem ein eigenes Profil formt.

Dirk Baier und *Christian Pfeiffer* kommen bei der Auswertung der entsprechenden Kriminalstatistiken und Umfragen zu dem Ergebnis, dass nichtdeutsche Jugendliche vor allem im Bereich Gewaltverhalten häufiger kriminell sind als deutsche. Doch gibt es, entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, eine leicht abnehmende Tendenz. Will man diese Tendenz verstärken, muss vor allem der schulischen Integration mehr Gewicht beigemessen werden.

Wolfgang Bergmann beschreibt die Folgen, wenn Eltern ihre Beziehungsprobleme, ihre psychischen Instabilitäten, Ängste und Erwartungen auf ihr Kind projizieren.

Im Essay analysiert *Christoph Egle* die strategischen Optionen der Grünen im Fünf-Parteien-System. Eine doppelte Öffnung nach links und rechts ist in seinen Augen die erfolgsträchtigste Variante.

Tamara Ehs geht mit einer Integrationspolitik ins Gericht, die das Maß des Tolerablen an der Höhe der Minarette misst, die man im deutschen Stadtbild für verträglich hält.

Thilo Sarazzin kommt bei seinen Überlegungen zum Staat, seiner historischen Entwicklung und seinen Aufgaben zu dem Schluss, dass das, was er tun kann, in Zukunft erheblich eingeschränkt sein wird, durch die Last der Schulden, die er bereits angehäuft hat, und die größeren Belastungen, die eine alternde Gesellschaft ihm aufbürdet.

Rezensionen zweier Bücher zum Gedächtnis Europas von Peter Fischer und eines Buches über die institutionelle Diskriminierung von Migranten von Kornelia Kończal runden diese Ausgabe der *vorgänge* ab, zu der ich Ihnen wie immer eine anregende Lektüre wünsche.

Ihr

Dieter Rulff

Vorschau auf Heft 184 (4/2008 – Dezember): Der gläserne Mensch

Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung unterwirft die Erfassung und Verarbeitung von Daten einem radikalen Wandel. Wo es noch vor dreißig Jahren galt, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gegen staatlichen Zugriff zu sichern, treten neben einem, durch die Terrorismusbekämpfung gesteigerten Interesse des Staates an der Privatsphäre seiner Bürger, eine Vielzahl von daten-technologischen Innovationen, die dem Einzelnen das Leben erleichtern wollen – um den Preis eines permanenten Datenflusses. Datenverarbeitung ist allgegenwärtig geworden, aber sie läuft geräuschlos im Hintergrund. Während das Bundesverfassungsgericht im Februar die Schutzgarantie der Verfassung auf die „Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ ausgeweitet hat, zeichnen sich mit ubiquitous computing und RFID bereits die Tendenzen zu einer Datenpreisgabe und -nutzung ab, die mit den Verfassungsnormen nur noch schwer zu fassen sind. Zugleich wird das Internet zum virtuellen Tummelplatz freiwilliger Selbstpreisgabe. Der Nutzer erhält digitale Identitäten, doch wie bekommt er Schutz?

Heftbestellungen an:

BWV Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Vertrieb, Axel-Springer-Str. 54 a, 10117 Berlin
Tel.: 030/841770-0, Fax: 030/841770-21, E-Mail: bwv@bwv-verlag.de